

Verschärfte Bedrohungslage

Das Bundesamt für Cybersicherheit warnt vor russischen Hackern, künstlicher Intelligenz und IT-Abhängigkeiten von den USA.

Von Markus Balser

Berlin – Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) warnt vor einer in Teilen besorgniserregenden Cyber-Sicherheitslage und wachsenden Risiken durch Russland. In fast allen Sektoren der kritischen Infrastruktur verzeichnete das BSI laut aktuellem Lagebericht einen Anstieg der gemeldeten Störungen. Zudem könnten Hackergruppen, die Experten dem Militärgeheimdienst Russlands zurechnen, bereits Vorbereitungen für weitere Angriffe getroffen haben.

„Durch die geopolitischen Entwicklungen hat sich die Bedrohungslage weiter verschärft“, sagt Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU). „Insbesondere russische Akteure greifen die IT-Strukturen deutscher Unternehmen, Kommunen und Privatleute an.“ Für verwundbar hält das BSI ausgerechnet die „Kronjuwelen der Demokratie“. Institutionen des vorpolitischen und politischen Raums in Deutschland müssten cyberresilient werden, fordert die Behörde in ihrem neuen Lagebericht eindringlich. Er wurde am Dienstag in Berlin präsentiert.

Kommunen, Parteien und Bürger machten es den Angreifern oft zu leicht

„Politische und politiknahe Stiftungen, Vereine, Verbände sowie politische Parteien“ sähen sich selbst gar nicht als attraktives Ziel für Cyberangriffe. Dabei böten sie neben Zugängen zu politischen Entscheidungsträgern auch noch sensible Informationen über politische Debatten. Vorgaben für die Cyberresilienz dieser Institutionen würden bislang nicht gesetzlich geregelt. „Die wehrhafte Demokratie sollte dies dringend nachholen“, mahnt das BSI an.

Schließlich versuchten fremde Staaten mit „Informationsoperationen“ zunehmend im Kontext von Wahlen, ihre Interessen zum Schaden Deutschlands und seiner Verbündeten durchzusetzen. Die zunehmenden Möglichkeiten durch künstliche

Intelligenz – etwa durch Deepfakes oder gefälschte Identitäten – verstärkten dieses Risiko weiter, warnt das BSI und befürchtet: „Russland etwa dürfte seine Fähigkeiten für solche Operationen weiterentwickeln und gezielt einsetzen.“

Ausdrücklich warnt das BSI Politik und Unternehmen auch davor, sich bei der IT-Sicherheit zu sehr auf die USA zu verlassen. Die Vereinigten Staaten könnten laut BSI eher zum Problem werden. Im ersten Halbjahr 2025 seien die Budgets der Cybersicherheitsbehörde CISA und anderer IT-relevanter Behörden deutlich gekürzt worden. Dadurch werde die Sicherheit über die USA hinaus auch in Deutschland und Europa geschwächt. Zudem würden in den USA Regularien für Datenschutz, IT-Sicherheit und soziale Netzwerke zurückgefahren, darunter die Faktenprüfung in sozialen Netzwerken von US-Anbietern wie Facebook. Angekündigt hätten die USA auch eine Verringerung der Cyberabwehr und der Aufklärung gegenüber Russland. Weniger Informationen aus den USA würden aber auch die Aufklärung in Deutschland und Europa erschweren.

Das BSI fordert nun endgültig mehr Unabhängigkeit Deutschlands und Europas. „In der öffentlichen Verwaltung bestehen hohe Abhängigkeiten zu einzelnen US-Technologieanbietern“, heißt es. Man laufe Gefahr, die Kontrolle über die eigene IT zu verlieren. Für die deutsche Verwaltung stelle sich auch die Frage, ob es bei Cloud-Diensten oder generell bei der Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Herstellern Einschränkungen geben wird. Lande etwa eine Institution oder Person auf einer Sanktionsliste der USA, könne das unmittelbare Auswirkungen auf deren Cloud-Daten bei US-Unternehmen haben. Dies habe etwa die Sperrung der E-Mails auf dem Microsoft-Konto des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs im Mai 2025 gezeigt.

Zwar malt die Behörde in ihrem Bericht nicht nur schwarz. Im Cybercrime-Bereich etwa hätten internationale Strafverfolgungsmaßnahmen zu einer Stabilisierung der Lage geführt. Der „Angriffsfläche in



Immer mehr Angriffe auf kritische Infrastruktur: Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) ruft zu Wachsamkeit auf. FOTO: FLORIAN GAERTNER/IMAGO

Deutschland“, der allgemeinen IT-Sicherheit also, attestiert sie jedoch einen „besorgniserregenden Zustand“.

So seien bei fast der Hälfte der online erreichbaren IP-Adressen im deutschen Internet sensible Informationen öffentlich einsehbar. Die Verwendung starker Passwörter hätte zudem unter den Deutschen deutlich ab- statt zugenommen, kritisiert das BSI. Beim Ziel, die Cybersicherheitslage in Deutschland zu verbessern, hätten Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft noch ein großes Stück Arbeit vor sich, warnt Präsidentin Claudia Plattnner.

Aktuelle Fälle machen klar, wie gut versteckt manche Gefahr ist. So habe sich die Chipkarte eines chinesischen Herstellers, die in Zutrittskontrollsystemen von Unternehmen, Behörden und Hotels verbaut sei, als Sicherheitsrisiko erwiesen. Forscher hätten eine Hintertür entdeckt, die das Klonen der Karte in wenigen Minuten ermöglichte. Das BSI mahnt zur Eile. „Wenn wir es nicht kurzfristig schaffen, uns und unsere Angriffsflächen gegen das gesamte Bedrohungsspektrum zu verteidigen, werden wir verwundbar bleiben – und früher oder später auch verwundet werden.“

Aufruf zum Mord

Ein Festgenommener aus der Reichsbürgerszene soll im Darknet Todeslisten geführt haben.

Berlin – Spezialkräfte der Bundespolizei und Beamte des Bundeskriminalamts haben am Montagabend einen Mann festgenommen, der im Darknet zur Ermordung von Politikern aufgerufen haben und dafür Geld gesammelt haben soll. Generalbundesanwalt Jens Rommel hat den 49-Jährigen den Angaben zufolge in Dortmund durch die Spezialeinheit GSG 9 festnehmen lassen. Auf der Liste der insgesamt 20 Zielpersonen sollen auch der frühere Kanzler Olaf Scholz (SPD) und die ehemalige Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gestanden haben. Das bestätigte die Karlsruher Behörde der *Süddeutschen Zeitung*.

Auch Olaf Scholz und Angela Merkel waren unter den 20 Zielpersonen

Daneben richtete sich der Plan auch gegen frühere Bundesminister, weitere Personen des öffentlichen Lebens sowie gegen Staatsbedienstete wie Richter und Staatsanwälte. Der Beschuldigte, ein Softwareentwickler, habe zudem Spenden in Form von Krypto-Währung eingefordert, die als Kopfgeld für die Tötungen ausgelobt werden sollten, hieß es weiter. „Wir erzwingen unseren Einfluss auf die Politik durch Terror“, stand nach SZ-Informationen auf der Darknet-Seite, die inzwischen durch das BKA offline genommen wurde. Durch Crowdfunding sollten demnach „unabhängige Attentäter“ finanziert werden. Eine kurze Vorschau auf die Webseite mit diesen Sätzen ist noch zu finden. Darin wird auch namentlich der US-amerikanische Krypto-Anarchist Jim Bell erwähnt, auf den der Name „Assassination Politics“ der Seite zurückgeht. Bell hatte die Idee formuliert, über das Internet anonyme Zahlungen für Attentate zu organisieren.

Der Festgenommene soll laut Ermittlerkreisen dem Reichsbürgermilieu zuzuordnen sein, demokratiefeindliche Gedanken verfolgen und Kontakte in die rechtsextreme Szene gehabt haben. So nahm er etwa 2021 an einem Gedenkmarsch für den „SS-Siggi“ genannten verstorbenen Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt teil. Zum großen Feindbild des Mannes wurde offenbar die Corona-Politik früherer Regierungen. Auf einem Social-Media-Profil teilte er etwa Memes gegen den damaligen Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und gab sich als Unterstützer des rechtsextremen Magazins *Compact* zu erkennen. Im Darknet habe der Mann mit sowohl deutscher

als auch polnischer Staatsangehörigkeit dann auf der ihm betriebenen Plattform anonym Listen mit den Namen von Politikerinnen und Politikern und Personen des öffentlichen Lebens geführt. Dort habe er auch selbst verfasste Todesurteile, Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen sowie sensible personenbezogene Daten potenzieller Opfer veröffentlicht. Als Gegner bezeichnet er „linkes Gesindel“, Juden sowie schwarze Menschen.

Der Verfassungsschutz soll den ersten Hinweis auf die Gefahr durch den Beschuldigten gegeben und dann mit dem BKA kooperiert haben. Diesmal sei der Hinweis nicht von einem ausländischen Dienst gekommen. Deutsche Behörden seien dem Mann auf die Schliche gekommen, hieß es in Ermittlerkreisen.

Der Mann war den Sicherheitsbehörden seit 2020 bekannt, weil er durch Widerstandshandlungen bei Corona-Protesten aufgefallen sei. Die Ermittlungen in dem konkreten Fall liefen allerdings offenbar erst seit dem Frühsommer. Seit Juni gingen Ermittler dem Verdacht nach, der Beschuldigte versuche, Geld für Anschläge gegen Personen des öffentlichen Lebens zu sammeln, sagte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt. Der Verdacht auf Terrorismusfinanzierung werde sich wohl erhärten, sagte Dobrindt weiter und sprach von einer „rechtsextremen Plattform“. Aus den Reihen der Ermittler war am Montag verlautet, dass die Pläne offenbar noch am Anfang gestanden, aber im Darknet auch bereits Reaktionen ausgelöst hätten.

Der Beschuldigte wurde am Nachmittag dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe vorgeführt. Der setzte den Haftbefehl in Vollzug, der Mann ist nun in Untersuchungshaft. Außer der Terrorismusfinanzierung wirft die Bundesanwaltschaft ihm auch die Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat sowie das gefährdende Verbreiten personenbezogener Daten vor.

Markus Balser, Sebastian Erb, Nadja Lissok



Generalbundesanwalt Jens Rommel ließ den 49-Jährigen durch die Spezialeinheit GSG 9 festnehmen. Der Beschuldigte soll auch Anleitungen zum Bombenbau veröffentlicht und Spenden für Attentate gesammelt haben. FOTO: DPA

Krisentüchtige Schüler

Innenminister Dobrindt hat vorgeschlagen, mit Kindern über Bedrohungsszenarien zu diskutieren. Eine Gemeinschaftsschule im Saarland geht schon viel weiter.

München – Erst am Montag vor zwei Wochen war die Feuerwehr wieder an der Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken. Brennende Menschen mit einer Löschdecke retten, Feuerstellen löschen – das ganze Programm. Was nach katastrophalen Zuständen klingt, ist das genaue Gegenteil: Die Feuerwehr ist zum Unterricht dort. Sie führt, nach einem detaillierten Lehrplan aus Theorie- und Praxiseinheiten, Übungen aus. Echte Menschen brennen dabei nicht. Doch die Inhalte sind prüfungsrelevant.

Das außergewöhnliche Schulfach wird bundesweit nur an dieser Schule in Saarbrücken angeboten – und das erst seit diesem Schuljahr. Es zeigt, was in Deutschland bereits möglich ist in Sachen Krisenvorbereitung an Schulen. Überlegungen dazu werden schon lange angestellt, nicht erst seit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) mit einer entsprechenden Forderung jüngst Aufsehen erregt hat.

„Blaulicht“ ist ein Profilfach, für das sich Schülerinnen und Schüler der siebten und neunten und von 2026 an auch der achten und zehnten Klasse melden können. Es geht um alle typischen Gefahren aus dem Zivil- und Katastrophenschutz und die Frage, wie man sich richtig verhält. Was tun, wenn es brennt? Wenn es eine große Menge an Verletzten gibt oder einen flächendeckenden Stromausfall? Beteiligt am Unterricht sind neben der Feuerwehr zahlreiche weitere lokale „Blaulichtorganisationen“ wie die Wasserrettung oder das Technische Hilfswerk. Fluchtrucksäcke packen und Rettungsringe auswerfen statt zum Beispiel dem Profilfach Französisch, Erste Hilfe leisten und Notfallvorrat anlegen statt Umweltkunde. Die ersten 40 Plätze für dieses Jahr waren innerhalb von 45 Minuten vergeben.

Das Interesse am neuen Fach sei auch außerhalb der Schule hoch, sagt Stephanie Lade. Sie ist die Lehrerin an der Gemeinschaftsschule Bruchwiese, die das Blaulicht-Fach im Frühsommer entwickelt hat und nun maßgeblich betreut. Etliche Schulen aus dem Saarland, Baden-Württemberg und Bayern, aber auch Behörden, Organisationen und Politiker hätten sich bereits nach dem Unterricht erkundigt. Für das Saarland stelle sich nun die Frage, „ob wir eine entsprechende Lehrerfortbildung organisieren können.“

Doch müssen Schulkinder das wirklich alles lernen? Wie viel Krisenvorbereitung ist in der aktuellen Weltlage geboten und wie ist das an Schulen umsetzbar? Über diese Frage wird in Deutschland debattiert, seit der Bundesinnenminister im *Handelsblatt* gesagt hat, er wolle Krisenvorsorge in den Schulalltag integrieren. Er plane bei der nächsten Innenministerkonferenz im Dezember vorzuschlagen, „dass in einem Schuljahr in einer Doppelstunde mit älteren Schülern darüber diskutiert wird, wel-

che Bedrohungsszenarien es geben kann und wie man sich darauf vorbereitet“.

Den einen ist das zu viel: Schulen seien keine Orte der Kriegsvorbereitung, schrieb etwa Nicole Gohlke, Bildungspolitikerin der Linksfraction im Bundestag, auf X. Anderen reichen die wenigen vorgeschlagenen Stunden nicht aus, um solche Themen pädagogisch gut umzusetzen. So heißt es etwa beim Allgemeinen Schulleitungsverband Deutschlands, dass Schulen „nicht zu Instrumenten sicherheitspolitischer Symbolpolitik werden“ dürften. Wenn Krisenvorbereitung thematisiert werden solle, dann mit dem Ziel, Resilienz auszubilden, demokratisches Lernen zu fördern und Lebenskompetenzen zu vermitteln. In einer Doppelstunde? Schwierig.

Fluchtrucksäcke packen, Rettungsringe auswerfen – als Unterrichtsstoff

So sieht das auch Dorit Stenke (CDU), Bildungsministerin von Schleswig-Holstein. Sie begrüßt die Zielrichtung des Bundesinnenministers, über die Ausgestaltung lasse sich jedoch debattieren, sagte sie der *Süddeutschen Zeitung*. Anstelle einer zusätzlichen Stunde sollte etwa der ganze Themenkomplex systemisch bearbeitet werden. Stenke verweist auf didaktisch aufgearbeitete Materialien und eine gezielte Fortentwicklung aller Schulfächer.

Ende des Jahres will sie zudem ein Konzept für spezielle Aktionstage vorstellen, an denen Schüler Inhalte aus dem Bevölkerungsschutz- und Katastrophenschutz theoretisch und praktisch lernen sollen. Wichtig sei, dass ein solcher Aktionstag Bezugspunkte zur unmittelbaren Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler aufweise. Angekündigt hatte Stenke die Initiative bereits im September dieses Jahres, deutlich vor Dobrindts Äußerung.

Sowieso sind einige Länder und einzelne Schulen schon weiter. Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben schon vor Monaten im Kreis der deutschen Kultusminister angeregt, Initiativen zu Krisenvorbereitungen an Schulen zusammenzutragen, um voneinander zu lernen. In mehreren Ländern laufen bereits Kooperationen mit Blaulichtorganisationen und entsprechende Projektstage.

Und dann gibt es eben die Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken mit ihrem einzigartigen Profilfach „Blaulicht“. Möglich wurde es durch eine Neuausrichtung in der Verordnung für Gemeinschaftsschulen im Saarland. Sie erlaubt Schulen, neue Profilfächer im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu entwickeln. Mit Blick auf die Aspekte „Gesundheit und Wohlergehen“ sowie „Verantwortung für andere übernehmen“ entstand so das Blaulicht-Fach mit vier Unterrichtsstunden pro Woche. Das sei nachhaltiger als einmalige Aktionstage und auch als Dobrindts Vorschlag, sagt Lehrerin Lade, die bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv ist: „Eine einzelne Doppelstunde ist wie das Entzünden eines Streichholzes: Es flammt kurz auf, weckt – was wichtig ist – Interesse, aber es erlischt auch schnell wieder.“ Damit Jugendliche sich für die Themen langfristig begeistern können, brauche es Nachschub an regelmäßigen, abwechslungsreichen und an ihrer Lebenswelt orientierten Lernangeboten.

Manche Kritiker würden ihr Panikmache vorwerfen, berichtet Lade. Das weist sie zurück. „Wir distanzieren uns als Schule von jeglicher Kriegsvorbereitung, wir schulen Jugendliche altersgerecht im Umgang mit unterschiedlichen Notsituationen.“ Themen aus dem Bevölkerungsschutz wie etwa das Verhalten bei Hochwasser spielten natürlich eine Rolle, doch die Kinder könnten solche Kompetenzen angstfrei erwerben. **Vinzent-Vitus Leitgeb**

Next Level

Mit Heike Bangert

Jetzt scannen und Reinhören!

Der Podcast über Frauen, Erfolg und Finanzen von MONEY.

Jeden Donnerstag überall, wo es Podcasts gibt.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



Feuerlöschübung an der Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken. FOTO: PRIVAT